

Antragstellende:

Die Linke queer – Bundesarbeitsgemeinschaft

Isabell Fuhrmann (Frauenbeauftragte Baden-Württemberg)

Pilar Caballero Alvarez (Co-Sprecherin LAG Feminismus, Berlin)

Kathrin Vogler (MdB, Landessprecherin NRW, KV Steinfurt)

Gökay Akbulut (MdB)

Daniela Huber (Vorstand OV München-Nord, Landessprecherin Die Linke queer Bayern)

Klaus Lederer (MdA, Berlin)

Johannes Schmidt (Landesqueerbeauftragter Baden-Württemberg, Mitglied im Bundesausschuss, Karlsruhe)

Katharina Marg (frauenpolitische Sprecherin der Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg)

Daniel Bache (Bundessprecher Die Linke queer, Berlin)

Frank Laubenburg (Bundessprecher Die Linke queer, Mitglied im Bundesausschuss, Oberhausen)

Luca Renner (Bundessprecherin Die Linke queer, KV Oberhavel)

Maja Tegeler (MdBB, Mitglied im Parteivorstand, Bremen)

Carsten Schatz (MdA, Berlin)

Claudia Engelmann (Mitglied im Landesvorstand Berlin)

Tanja Hilton (Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg, Sprecherin KV Mannheim)

Torge Dermitzel (stv. Landesausschuss-Vorsitzender Thüringen, KV Altenburger Land)

Wolfgang Schulz (Mitglied des Landesvorstands Bayern, KV München)

Amelie Vollmer (Kreissprecherin KV Ortenau)

Carolin Behrenwald (Bezirksvorstand Tempelhof-Schöneberg, Berlin)

Sven Metzmaier (Kreissprecher KV Mannheim)

Bodo Niendel (Berlin)

Florian Demmler (Leitungsteam die Linke queer Thüringen, SV Jena)

Hanno Bruchmann (BV Treptow-Köpenick, Berlin)

Heinrich Alexandra Hermann (Mitglied des Landesausschuss-Präsidiums BaWü, KV Schwarzwald-Baar-Heuberg)

Achim Jooß (KV Ortenau)

Magda Albrecht (BV Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin)

Malwina Marzena Miziarska (BV Tempelhof Schöneberg)

Marcel Helwig (Leitungsteam die Linke queer Thüringen, SV Jena)

Nils Geisemeyer (Landessprecher Die Linke queer Berlin-Brandenburg BV Marzahn-Hellersdorf,)

René van der Winkel (Sprecher der LAG Sicherheit und Grundrechte Baden-Württemberg, KV Ortenau)

Ersetzungsantrag zu Antrag P 10

Solidarität mit Menschen in der Sexarbeit

Die Linke erkennt Sexarbeit als gesellschaftliche Realität an. Sexarbeit ist vielfältig, sowohl hinsichtlich der ausgeübten Tätigkeiten, der Arbeitsbedingungen als auch was die geschlechtliche und sexuelle Vielfalt innerhalb der Sexarbeit angeht. Erklärtes Ziel von Die Linke ist, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter*innen insgesamt zu verbessern und damit die Grundlage für Selbstbestimmung in der Sexarbeit zu schaffen sowie Gewalt, Zwang und Ausbeutung entgegenzuwirken.

Die Sexarbeitspolitik von Die Linke orientiert sich neben dem generellen Kampf gegen Armut und für Menschenrechte unter anderem an den folgenden Forderungen:

- Förderung sicherer Arbeitsstätten sowie betrieblicher und gewerkschaftlicher Selbstorganisation von Sexarbeitenden
- Erleichterter Zugang zu Gesundheitsversorgung und Krankenversicherung, Systemen sozialer Sicherung sowie Kinderbetreuung
- Erleichterter Zugang zum Wohnungsmarkt
- Erleichterter Zugang zum Bildungssystem und bedarfsgerechte Finanzierung von Umschulungs- sowie Weiterbildungsangeboten
- Ausbau von Hilfsangeboten, die u.a. allgemeine Beratung, Opferhilfen, Zugang zu sanitären Einrichtungen oder STI-Tests bieten
- Abschaffung der Registrierungs- und Beratungspflicht für Sexarbeitende sowie von steuerlichen Sonderregelungen
- Gesetzliche Regulierung der Sexarbeit unter strenger Bezugnahme der Perspektive von Sexarbeitenden und ihrer Interessensvertretungen
- Aufklärungskampagnen, die der Stigmatisierung und (Mehrfach-)Diskriminierung von Sexarbeitenden entgegenwirken

Die Linke lehnt das sogenannte „Nordische Modell“ ab. Das „Nordische Modell“ ist gleichbedeutend mit einer de facto Kriminalisierung und wirtschaftlichen Verelendung von Sexarbeitenden. Es verschlechtert die Arbeitsbedingungen von Sexarbeitenden dramatisch und gefährdet ihre Sicherheit. Das ist mit dem politischen Anspruch einer Arbeiter*innenpartei unvereinbar.

Die Linke kämpft gleichzeitig für ein Ende der Kriminalisierung drogengebrauchender Menschen, auch, um Beschaffungsprostitution zu verhindern sowie für ein Ende des Ausschlusses zahlreicher in Deutschland lebender Menschen aus den sozialen Sicherungssystemen, um Armutsprostitution wirksam zu bekämpfen.

Begründung:

Die Linke muss sich klar gegen eine Sexarbeitspolitik positionieren, die primär auf Kriminalisierung und Repression setzt. Ein solcher Politikansatz wird u.a. von der CDU/CSU vertreten und schadet Sexarbeiter*innen.

In ihrer bisherigen Politik hat Die Linke sich immer konsequent an die Seite sexarbeitender Menschen gestellt, wie es zuvor bereits die PDS im Bundestag getan hatte.

So hatte Die Linke im September zur Anhörung im Deutschen Bundestag zum Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ein Sexkaufverbot einzuführen, die Leiterin der Dortmunder Mitternachtsmission e.V., die zugleich dem Vorstand der Bundesweiten Koordinationskreis gegen Menschenhandel e.V. angehört, als Sachverständige benannt. Sie hat dort eindringlich vor der Einführung eines Sexkaufverbotes gewarnt.

Es ist zudem kein Zufall, dass es personell große Überschneidungen zwischen Transfeind*innen und den Anhänger*innen des „Nordischen Modells“ gibt. Das

verbindende Anliegen ist die Normierung von Geschlecht und die Regulierung insbesondere des sexuellen Verhaltens von Frauen, aber auch ihrer Kleidung, so z. B. Alice Schwarzer: „Und wenn man manchmal nicht weiß, ob die junge Frau an der Straßenecke auf ihren Freund wartet oder auf einen Freier – dann kann das auch für die Frau problematisch werden.“

Tatsache ist: Sexarbeit lässt sich nicht per Gesetz beenden. Es ist darüber hinaus unlogisch, Sexarbeitenden dadurch „helfen“ zu wollen, dass man ihnen die Lebensgrundlage entzieht, sie in Konflikte mit der Polizei treibt und ihre Sicherheit während der Arbeit gefährdet. In Staaten wie Schweden oder Frankreich ist das „Nordische Modell“ längst gescheitert. Die Verdrängung der Sexarbeit in die Illegalität gefährdet die Gesundheit, das Leben und die Sicherung des Lebensunterhalts von Sexarbeitenden.

Vom Deutschen Frauenrat über den Deutschen Juristinnenbund über die Deutsche Aidshilfe, die Diakonie Deutschland, der Dortmunder Mitternachtsmission e.V. – Beratungsstelle für Prostituierte, Ehemalige und Opfer von Menschenhandel und contra e.V. Kiel – Fachstelle gegen Frauenhandel in Schleswig-Holstein, der Menschenrechtskommissarin des Europarats, Dunja Mijatović, bis hin zu Selbstorganisationen von Sexarbeiter*innen, wie der European Sex Workers Rights Alliance, ist die Ablehnung des nordischen Modells eindeutig.

Die Linke hat als wichtige Bündnispartnerin bislang immer an der Seite dieser Verbände gestanden, was auch ihr Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag aufzeigt. Gerade angesichts der aktuell zunehmenden Forderungen nach einem Sexkaufverbot wäre es verheerend, wenn Die Linke diese Solidarität aufgäbe.

Zudem spiegelt das Klischee „weibliche Prostituierte, männlicher Freier“ die Breite existierender Sexarbeit nicht wieder. Erst jüngst haben queere Organisationen wie der LSVD* - Verband Queere Vielfalt e.V. und der Bundesverband Trans* e.V. vor den Folgen der Einführung des „Nordischen Modells“ gewarnt: Eine entsprechende gesetzliche Regelung könnte u.a. die (erneute) Überwachung von queeren Szenelokalitäten, Cruising Areas oder Dating Apps zur Folge haben.

Sehr grundsätzlich muss sich Die Linke zudem einem repressiven Verständnis von „Sozialpolitik“ entgegenstellen, wie es in der Sozialdemokratie der nordischen Staaten, aber auch beim BSW deutlich wird und aus dem beispielsweise die Ideen der Prohibition und des Sexkaufverbotes folgen. Sozialpolitik darf kein Lenkungsmodell zur Bestrafung „unerwünschter“ Verhaltensweisen sein.